

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

Vor neunzig Jahren: Die Novemberrevolution von 1918

Als am 30. Oktober 1918 der Befehl der deutschen Seekriegsleitung bekannt wird, trotz der schon besiegelten **militärischen Niederlage** des Deutschen Reiches erneut gegen die englische Flotte auszulaufen, weigern sich die Matrosen der Hochseeflotte, an diesem militärisch fragwürdigen Unternehmen teilzunehmen. Die Meuterei der Marinesoldaten in Kiel und Wilhelmshaven markiert den Beginn einer **Aufstandsbewegung**, der sich rasch weitere Soldaten und Fabrikarbeiter anschließen. Ohne nennenswerte Gegenreaktionen des staatlichen Sicherheitsapparats verbreiten sich die revolutionären Unruhen innerhalb weniger Tage im ganzen Reich. In der kriegsmüden, von Hunger und Entbehrungen geplagten Bevölkerung stoßen die auf zahlreichen Massenkundgebungen und Protestveranstaltungen erhobenen Forderungen nach umgehender Beendigung des Krieges und umfassender Neugestaltung der politischen und sozialen Ordnung auf breite Resonanz. In kurzer Zeit entwickelt sich so aus der Meuterei der Matrosen eine revolutionäre Massenbewegung gegen das monarchische System. Im ganzen Reich bilden sich **Arbeiter- und Soldatenräte**, die mehrheitlich der MSPD bzw. den freien Gewerkschaften nahestehen. Sie üben vor Ort die politische und militärische Macht aus. Die Parteien der Sozialdemokratie, seit 1917 in **Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands (MSPD)** und **Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)** gespalten, versuchen sich an die Spitze der **Novemberrevolution** zu setzen und die revolutionäre Bewegung nach ihren Vorstellungen zu steuern.

Am **9. November 1918** erreichte die revolutionäre Welle Berlin. Angesichts riesiger Demonstrationen verkündete Reichskanzler Prinz Max von Baden eigenmächtig die **Abdankung des Kaisers**, weil er hoffte, damit den politischen Umsturz noch aufhalten zu können. Wilhelm II. war nach anhaltenden Rücktrittsforderungen bereits Ende Oktober ins Große Hauptquartier im belgischen Spa gereist und hatte sich damit der Einwirkung der Reichsleitung entzogen. Max von Baden übertrug dem MSPD-Vorsitzenden **Friedrich Ebert** das Amt des Reichskanzlers, der durch eine Regierungsumbildung eine weitere Radikalisierung der revolutionären Bewegung verhindern wollte. Noch am selben Tag rief **Philipp Scheidemann** (MSPD) von einem Fenster des Reichstagsgebäudes die „deutsche Republik“ aus. Wenige Stunden später proklamierte **Karl Liebknecht** (USPD/Spartakusbund) von einem Balkon des Berliner Stadtschlusses die „freie sozialistische Republik“. Die **doppelte Ausrufung der Republik** symbolisierte die wachsende Polarisierung der revolutionären Bewegung. Während sich die USPD im Verbund mit Spartakusbund und weiteren linksrevolutionären Kräften für einen radikalen Umbau der politischen und sozioökonomischen Verhältnisse im Rahmen eines sozialistischen Rätessystems aussprach, forderte die MSPD die zügige Ausschreibung demokratischer **Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung**. Alle wesentlichen Entscheidungen über die zukünftige Gestaltung der Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sollten nach dem Willen der MSPD durch die Nationalversammlung vorgenommen werden.

Ebenfalls am 9. November 1918 beschloss eine Berliner Soldatenversammlung auf Druck der im linken USPD-Spektrum angesiedelten Revolutionären Obleute, in den Berliner Betrieben und Garnisonen Arbeiter- und Soldatenräte zu wählen, die auf einer Vollversammlung am 10. November eine neue provisorische Regierung einsetzen sollten. Um den Machtambitionen der linksradikalen Kräfte zuvorzukommen, entschloss sich die Führung der MSPD, vorab gemeinsam mit der USPD eine Regierung zu bilden. Am **10. November** unterzeichneten beide Parteien eine Vereinbarung

über die Bildung einer paritätisch zusammengesetzten Regierung, des „**Rates der Volksbeauftragten**“, die noch am selben Tag von der Versammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte als provisorische Reichsregierung bestätigt wurde. Dem sechsköpfigen Rat der Volksbeauftragten gehörten jeweils drei Vertreter von MSPD und USPD an. Er hatte mit Friedrich Ebert (MSPD) und Hugo Haase (USPD) zwei Vorsitzende. Am **12. November** verfügte der Rat der Volksbeauftragten u.a. die **Einführung des Wahlrechts für Frauen**; am 30. November beschloss er Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung für den 19. Januar 1919.

Um die dringendsten Herausforderungen der Kriegsniederlage wie die Demobilisierung der Streitkräfte, die Umstellung von Kriegs- auf Friedenswirtschaft oder die schwierigen Ernährungsprobleme zu meistern, aber auch aus Sorge vor bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen mit der radikalen Linken bemühte sich die MSPD-Führung um eine **Zusammenarbeit mit den alten Führungseliten des Kaiserreiches**. So sicherte sich Ebert noch am 10. November 1918 in einem Telefonat mit General Groener von der Obersten Heeresleitung (OHL) im so genannten „**Ebert-Groener-Pakt**“ die Unterstützung der militärischen Führung, der Ebert im Gegenzug weitgehende Handlungsfreiheit gewährte. Auch zwischen den MSPD-Volksbeauftragten und einer Reihe von noch im Kaiserreich ernannten Leitern der Reichsämter (Ministerien) entwickelte sich eine effiziente Zusammenarbeit. Allerdings sollte sich die weitgehende Einbindung der alten Machteliten in Militär, Polizei, Justiz und Beamtenschaft, die sich nach wie vor der obrigkeitstaatlichen Ordnung verbunden fühlten und mehrheitlich nicht demokratisch gesinnt waren, noch als schwere Hypothek für den demokratischen Umbau des Staatswesens erweisen.

Noch belastender für das innenpolitische Klima der Weimarer Republik wirkte sich die Tatsache aus, dass der nicht zuletzt auf massiven Druck der OHL erfolgte **Abschluss der Waffenstillstandsverhandlungen** mit den Siegermächten von einer deutschen Delegation vollzogen wurde, der kein hochrangiges Mitglied der OHL als der für die deutsche Kapitulation eigentlich verantwortlichen Institution, sondern mit dem Zentrumspolitiker Erzberger ein Vertreter des demokratischen politischen Spektrums vorstand. In völliger Umkehrung der tatsächlichen Zusammenhänge nutzte die republikfeindliche Rechte später diese Tatsache, um den demokratischen Politikern die Schuld an der Kriegsniederlage zuzuschieben.

Am 28. Dezember 1918 zerbrach das Regierungsbündnis von MSPD und USPD – vordergründig wegen Differenzen über den von den MSPD-Volksbeauftragten angeordneten Truppeneinsatz gegen rebellierende linksgerichtete Marinetruppen. Tatsächlich aber waren hierfür unterschiedliche Auffassungen über den Kurs der Regierung in Fragen der staatlichen Neuordnung und der Zusammenarbeit mit den alten Machteliten ausschlaggebend. Wenige Tage nach der Gründung der KPD am 1. Januar 1919 entfesselten Revolutionäre Obleute und KPD-Führung in Berlin den so genannten **Januaraufstand**. Zur Niederschlagung des Aufstands setzte die nunmehr ausschließlich aus MSPD-Mitgliedern bestehende Regierung „**Freikorps**“ ein, die während der blutigen Straßenkämpfe am 15./16. Januar die KPD-Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordeten.

Auch wenn es in den Monaten danach noch zu wiederholten Konfrontationen mit der radikalen Linken kam, war mit den **Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919** der Weg zu einer parlamentarischen Demokratie vorgezeichnet. Schon am 3. Januar 1919 hatte **Hugo Preuß** (DDP) den ersten Entwurf einer Reichsverfassung vorgelegt. In der am 6. Februar 1919 in Weimar eröffneten Nationalversammlung schlossen sich MSPD, Zentrum und Deutsche Demokratische Partei (DDP) zur so genannten „**Weimarer Koalition**“ zusammen. Diese wählte am 11. Februar 1919 Ebert zum Reichspräsidenten und bildete unter Reichsministerpräsident Scheidemann eine Koalitionsregierung, die am 13. Februar 1919 ihre Arbeit aufnahm. Die Verabschiedung der Weimarer Verfassung am 31. Juli 1919 und deren Unterzeichnung durch den Reichspräsidenten am 11. August markierte auch im staatsrechtlichen Sinn das Ende der revolutionären Übergangszeit.

Literaturhinweise:

Kolb, Eberhard, Die Weimarer Republik. München 2002.

Rürup, Reinhard, Die Revolution von 1918/19 in der Deutschen Geschichte, Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung am 4. November 1993. Bonn 1993.

Winkler, Heinrich August, Weimar 1918 – 1933. München 1998.

Verfasser/in: Kolja Bartsch / Wilhelm Weege, Fachbereich WD 1, Geschichte, Zeitgeschichte und Politik